



Bundesverband der Selbständigen e.V.

---

# Newsletter

Der Juni-Newsletter des Bundesverbandes der Selbständigen informiert Sie über folgende Themenbereiche:

## **POLITIK FÜR DEN MITTELSTAND**

### **Bürgerversicherung treibt Arbeitskosten in die Höhe**

Sozialversicherungsexperte Erwin Rüdell MdB (CDU) im Gespräch mit Marcus H. Rexfort

## **KOLUMNEN UND KOMMENTARE**

### **Europa First**

Von Staatssekretär a.D. Friedhelm Ost

## **TIPPS FÜR DIE TÄGLICHE BETRIEBSPRAXIS**

### **Kündigungsschutz nach Entlassungsverlangen**

## **SERVICE/ DIENSTLEISTUNGEN**

### **Angebote unserer Abkommenspartner**

### **Großabnehmerrabatt**

Abrufschein für KFZ-Neuwagen zu Sonderkonditionen der **Marke Toyota** abrufen (siehe beigefügtes PDF).

### **Verantwortlich für den Inhalt und Kontakt**

Hans-Peter Murmann, Geschäftsführender Vizepräsident, Bundesverband der Selbständigen e.V.

Reinhardtstraße 35, 10117 Berlin, E-Mail: [murmann@bds-dgv.de](mailto:murmann@bds-dgv.de)

Bitte senden Sie den Newsletter an befreundete Selbstständige weiter.

Anmelden und abbestellen unter [info@bds-dgv.de](mailto:info@bds-dgv.de)

# POLITIK FÜR DEN MITTELSTAND

## Bürgerversicherung treibt Arbeitskosten in die Höhe

Sozialversicherungsexperte Erwin Rüdell MdB (CDU) im Gespräch mit Marcus H. Rexfort

? Die SPD hat das Thema soziale Gerechtigkeit für sich entdeckt und fordert diese im Wahlkampf ein. Wie definieren Sie eine sozial gerechte Politik und was zeichnet diese konkret aus?

**Erwin Rüdell:** Lassen Sie mich mit ein paar Fakten antworten. Die Sozialausgaben sind so hoch wie nie zuvor und werden weiter steigen. Schon jetzt entfallen auf sie über die Hälfte aller Ausgaben des Bundes. 2017 sind es 52 Prozent. Rechnet man die Zinsausgaben heraus, sind es sogar 55 Prozent – ein neuer Rekord. Zugleich sind aber auch so viele Menschen in Arbeit wie noch nie. Allein der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung, das Arbeitslosengeld II und der Zuschuss zum Gesundheitsfonds machen bereits 40 Prozent der jährlichen Gesamtausgaben des Bundes aus. Insgesamt steigen die Sozialausgaben in diesem Jahr auf 171 Milliarden Euro. In welchem Land der Erde wird denn anteilig mehr für Soziales aufgewandt als in Deutschland? Wo auf der Welt leben die Menschen denn entscheidend besser und sozial umfassender abgesichert als in Deutschland? Wenn die SPD jetzt – rechtzeitig vor der Wahl – wieder die „soziale Gerechtigkeit“ entdeckt, dann muss doch an folgendes erinnert werden: bis vor wenigen Wochen hat die SPD in 13 von 16 Bundesländern regiert oder mitregiert. Im Bund hat sie in den 19 Jahren seit 1998 insgesamt 15 Jahre regiert oder mitregiert. Wenn es also angeblich in Deutschland so schlecht steht um die soziale Gerechtigkeit, warum haben dann die Genossinnen und Genossen in all diesen Jahren nichts daran geändert?



Erwin Rüdell MdB CDU

? Wie sehen Sie die Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme bei unserer Gesundheits- und Altersvorsorge? Ihre politischen Gegner fordern hier eine solidarische Bürgerversicherung.

**Erwin Rüdell:** Wir lehnen eine staatliche Einheitskasse ab. Die sog. „Bürgerversicherung“ treibt die Arbeitskosten in die Höhe und gefährdet besonders qualifizierte Arbeitsplätze in der deutschen Wirtschaft. Sie vernichtet zehntausende Arbeitsplätze in der PKV, provoziert Praxenschließungen, ist innovationsfeindlich und verschärft die demografischen Probleme. Sie ist verfassungsrechtlich fragwürdig und schafft ohne jede Not hier bei uns Verhältnisse wie in Großbritannien und führt im Ergebnis zu genau der Zwei-Klassen-Medizin, die angeblich verhindert werden soll. Denn wer Geld hat, wird immer einen Arzt finden - für jede Therapie. Überdies wäre das Ganze ein Experiment mit zahllosen Unbekannten und würde Parlament und Gerichte auf Jahre beschäftigen. Warum sollten Ärzte und Krankenhäuser ihre Patienten „besser“ behandeln, nur weil die Kassen ihre

Beitragsfelder nach einem neuen System einsammeln? Warum sollten Kassen sich besonders um Kunden kümmern, die nicht mehr abwandern können? Unserem Gesundheitswesen wird es nicht gut tun, wenn es keine private Konkurrenz und damit keinen Wettbewerb mehr gibt.

? Ludwig Erhard war der Gründer der Sozialen Marktwirtschaft. Wir meinen: „Sozial ist, was Zukunft sichert.“ Wie bewerten Sie hierbei die Funktion des selbstständigen Mittelstands, also dem Kleinunternehmer mit bis zu 10 Mitarbeitern?

**Erwin Rüdell:** Das Erbe Ludwig Erhards bleibt für uns richtungsweisend. Die deutschen KMU sind von überragender Bedeutung für unsere Wirtschaft: Das gilt für Umsatz, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, für Ausbildungsplätze, für Exporte, für Aufwendungen zu Forschung und Entwicklung wie zur gesamten Wertschöpfung der deutschen Unternehmen.

Im Übrigen zeigt ein Vergleich zum Beispiel mit Frankreich - wo der Mittelstand, wie wir ihn in Deutschland kennen, weitgehend fehlt und wo zudem die Großbetriebe erheblichem staatlichem Einfluss unterliegen - , in welchem hohem Maße das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands unseren innovativen KMU zu verdanken ist. Deshalb sage ich aus voller Überzeugung: Der deutsche Mittelstand ist die tragende Säule unserer Wirtschaft und muss dies auch in Zukunft bleiben.

? Was würden Sie sich zur Entlastung und Förderung dieser Bevölkerungsgruppe wünschen und was fordern Sie hier, als Mitglied der CDU-Mittelstandsvereinigung, politisch für die kommende Legislaturperiode in Ihrer Fraktion ein?

**Erwin Rüdgel:** In der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) haben die KMU einen starken Interessenvertreter. Die MIT tritt entschieden für eine faire Besteuerung von Bürgern und Unternehmen, für deutliche Steuersenkungen, für eine Modernisierung des Arbeitsmarkts und für eine marktwirtschaftliche Neuausrichtung der Energie- und Klimapolitik ein. Zudem will die MIT Deutschland zur „Digitalrepublik Nummer 1“ in Europa entwickeln und präsentiert konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau und zur Effizienzsteigerung der öffentlichen Verwaltung.

? Innovationen kommen zumeist von kleinen Gründerunternehmen. Die Rahmenbedingungen für Existenzgründer haben sich jedoch in den letzten Jahren fortwährend verschlechtert. Wie werden Sie diese Rahmenbedingungen hier positiv neu gestalten um ein Gründerklima zu schaffen?

**Erwin Rüdgel:** Sowohl Bund, Länder als auch die EU unterstützen Existenzgründer und Unternehmen mit über 2.000 Programmen für Fördermittel und Bezuschussungen.

Die KfW, die Banken der Länder, das ERP-Sondervermögen und die Europäische Union stehen Gründerinnen und Gründern sowie kleinen und mittleren Unternehmen in vielfältiger Weise unterstützend zur Seite.

Von zentraler Bedeutung sind für mich zwei Dinge: Abbau von überflüssiger Bürokratie und verbesserter Zugang zu Kapital.

Institutionelle Anleger sollen deshalb nach Vorstellungen der CDU über „garantiebasierte Förderinstrumente“ die Möglichkeit bekommen, zukünftig in Startups zu investieren. Das betrifft insbesondere Anleger wie Versicherungen oder Banken.

Ein wichtiges Thema aus meiner Sicht sind in diesem Kontext auch die Krankenversicherung und die Altersvorsorge für Selbständige. Hier gibt es Defizite, die wir in der nächsten Legislaturperiode anpacken sollten.

Und schließlich müssen wir mit unseren Partnern in der EU die unterschiedlichen Unternehmenssteuersätze in Europa angehen. Hier machen deutsche Unternehmen bislang teilweise einen schlechten Schnitt. Deshalb besteht auch hier Handlungsbedarf.

? Das Thema Sicherheit gewinnt mit jedem Terroranschlag und mit jeder Cyberattacke an Brisanz. Wie wird Ihre Fraktion diese beiden Lebensbereiche schützen?

**Erwin Rüdgel:** Verurteilte Extremisten können künftig nach ihrer Haftentlassung zum Tragen einer elektronischen Fußfessel verpflichtet werden. Abschiebehaft soll verhängt werden, wenn von Ausreisepflichtigen eine erhebliche Sicherheitsgefahr ausgeht. Außerdem wird der Gewahrsam bis zur Ausreise verlängert. Sogenannte Gefährder werden noch schärfer überwacht. Asylsuchende ohne Bleibeperspektive und solche, die falsche Angaben machen, werden in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt.

Mit der Reform des BKA-Gesetzes schaffen wir den rechtlichen Rahmen für eine grundlegende Modernisierung der polizeilichen IT-Systeme. Ferner wird das Personal im zivilen Cyber-Abwehrzentrum und im Bundeswehr-Cyber-Kommando weiter aufgestockt. Insgesamt gibt der Bund für die Sicherheitsbehörden insgesamt drei Milliarden Euro zusätzlich bis 2020. Allein die Bundespolizei erhält insgesamt mehr als 7.000 Stellen zusätzlich. Aber es ist klar: die wachsende Zahl terroristischer Anschläge in Europa erfordert eine noch viel engere Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich. Das gilt für die Polizei, aber ebenso für Verfassungsschützer und Geheimdienste: Rascher und umfassender Datenaustausch und EU-weite Vernetzung sind das Gebot der Stunde. Und wir dürfen nicht vergessen: die Zusammenarbeit mit den USA im Anti-Terror-Kampf ist für Europa überlebenswichtig. Grundsätzlich möchte ich anmerken: Statt womöglich zunehmend Bürgerrechte einzuschränken, sollten wir uns lieber auf das problematische Klientel konzentrieren. Und das heißt eben auch weitere Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, ggf. die Ausweisung von Imamen, die Auflösung von Moscheevereinen usw.

? Wir wandeln uns immer mehr von einem demokratischen Staat in einen Sicherheitsstaat. Letzteren hatten wir eigentlich im Osten unserer Republik abgeschafft. Wie gewichten Sie die persönliche Freiheit des Einzelnen im Verhältnis zur Aufwertung der Terrorabwehr?

**Erwin Rüdgel:** Das ist in der Tat ein sehr ernstes Thema. Natürlich muss der Staat die bürgerlichen Freiheiten, die körperliche Unversehrtheit und das Eigentum seiner Bewohner schützen. In Zeiten wachsender Kriminalität und zunehmender terroristischer Bedrohungen verschärft der Staat seine Maßnahmen gegen Kriminelle und gegen den islamistischen Terror. Dies führt allerdings auch dazu, dass die Freiheiten jedes Einzelnen direkt oder indirekt betroffen sind, dass es mehr Kontrollen gibt, dass ein System verschärfter Überwachung entsteht. Denken wir z.B. nur an Kontenabfragen, Telefon- und Internet-Überwachung.

Wir müssen aber achtgeben, dass dies nicht zur Aushöhlung der Bürgerrechte, zu einem Überwachungsstaat und zur Einschränkung der Freiheitsrechte der Bürger führt. Selbstverständlich

muss der islamistische Terror in Europa unter Kontrolle gebracht werden. Denn wir wollen nicht damit leben müssen, dass jederzeit etwas passieren kann. Aber bei allen Maßnahmen, die die Freiheitsrechte der Bürger berühren, handelt es sich um eine Gratwanderung, bei der wir die zentralen Errungenschaften unserer freiheitlichen Ordnung nicht gefährden dürfen.

? Freiheit heißt auch Verantwortung. Letzteres wird durch eine größer werdende Bevormundung und durch umfassende Regulierung reduziert. Wo und in welchen Bereichen sollte sich unser Staat Ihrer Meinung nach zurückziehen und dem Bürger mehr Eigenverantwortung übertragen?

**Erwin Rüdell:** Als Gesundheitspolitiker bin ich natürlich für ein breites Angebot in Sachen Prävention. Aber ich bin dagegen, dass der Staat die Menschen in ihren privaten Entscheidungen zunehmend bevormundet und drangsaliert. Das ist ein Kennzeichen grüner Politik. Ich räume ein, dass auch andere Parteien davon angesteckt worden sind. Ich persönlich will aber keinen „Nanny-Staat“. Ich wünsche mir Bürgerinnen und Bürger, die sich selbst um ihre Daseinsvorsorge kümmern. Der Staat sollte seine originären Aufgaben erfüllen – da hat er wahrlich genug zu tun.

? Während wir mit der Währungsunion eigentlich Europa einigen und sichern wollten, sind durch fehlenden fiskalpolitischen Mindeststandard größer werdende Ungleichheiten aufgetreten. Dies führt zu Spannungen und Populismus bei den nationalen Parlamenten und Bevölkerungsgruppen. Müssen im Vorfeld von nationalen Reformen nicht erst einmal durch einen neuen europäischen Rahmenvertrag genau diese Themen definiert und allgemeinverbindlich erklärt werden?

**Erwin Rüdell:** Sie sprechen mit Recht einige der kritischen Fragen an, vor denen wir in der EU stehen. Nach den Wahlen in Frankreich und den Absichtserklärungen des neuen Präsidenten hoffe ich hier auf eine deutliche Bewegung. Ich denke, es gibt jetzt eine reelle Chance, dass Deutschland und Frankreich gemeinsam auf eine Art „Neustart“ innerhalb der EU hinwirken werden. Dieser muss auch eine dauerhafte Stabilisierung der EURO-Zone einschließen.

? Kann Ihrer Meinung nach Europa ohne Transferleistungen und ohne Schuldenunion zukünftig funktionieren? Muss nicht auch hier ein Länderfinanzausgleich herbeigeführt werden?

**Erwin Rüdell:** Ich habe ja schon angedeutet, dass ich hoffe, dass Frankreich seine Probleme in den Griff bekommt. Das sollte dann auch anderen zur Nachahmung dienen. Deutschland ist bekanntlich größter Nettozahler der EU und trägt maßgeblich zu milliardenschweren Strukturhilfen für andere Mitgliedsländer bei. Im Hintergrund sind wir auch ein entscheidender Garant für die Maßnahmen der EZB. Mehr können wir nach meiner Einschätzung nicht tun. Alles andere würde nur dazu führen, populistischen Parolen gegen die europäische Einigung in Deutschland Zuspruch zu verschaffen.

? Die Amerikaner fordern höhere Aufwendungen für unsere Sicherheit. Was spricht hier eigentlich diesem Ansinnen entgegen, zumal in diesem Kontext eine europäische Einsatzgruppe, welche als EU-Parlamentsarmee notwendige Auslandseinsätze durchführen kann, geschaffen werden könnte?

**Erwin Rüdell:** Ich sehe so bald keine „EU-Parlamentsarmee“, und zwar aus einer ganzen Reihe von Gründen. Die NATO ist und bleibt von fundamentaler Bedeutung für die transatlantischen Beziehungen und die Bewahrung von Frieden und Stabilität in Europa. Die USA sind und bleiben unser wichtigster weltpolitischer Partner. Ohne die USA gibt es für Deutschland und Europa keine Sicherheit. Das gilt erst recht mit Blick auf den Brexit – denn mit Großbritannien scheidet immerhin eine europäische Nuklearmacht und ein ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats aus der EU aus. Deshalb sehe ich heute und in absehbarer Zukunft nichts, was die amerikanische Sicherheitsgarantie und den amerikanischen Atomschirm adäquat ersetzen könnte. Ich plädiere nachdrücklich dafür, gegenüber Washington sachlich, ruhig und nüchtern unsere Interessen zu vertreten. Dazu muss dann auch unsere Bereitschaft gehören, angemessene Investitionen für die gemeinsame Verteidigung zu leisten.

? Welche Aufgaben sehen Sie selbst für die kommende Wahlperiode als vorrangig an?

**Erwin Rüdell:** Im Inneren: steuerliche Entlastung der Leistungsträger in der Mitte der Gesellschaft, Stärkung der Polizei und der Sicherheitsbehörden, Fördern und Fordern bei der Integration - und konsequent abschieben, wo dies geboten ist. International und in der EU: die Beziehungen zu den USA pfleglich behandeln, die NATO intakt halten, den Brexit für beide Seiten verträglich gestalten. Ferner: weniger EU-Zentralismus, die Regulierungsgelüste der Brüsseler EU-Zentrale eindämmen und – sehr wichtig - tragfähige europäische Lösungen für die Migrationskrise anstreben.

## KOLUMNEN UND KOMMENTARE

### Europa First

Von Staatssekretär a.D. Friedhelm Ost

Niemals zuvor in den Jahrzehnten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges war der Graben zwischen den USA und Europa tiefer als zur Zeit. Der amerikanische Präsident Donald Trump zerstört das transatlantische Verhältnis mit immer neuen Eskapaden. Er setzt auf eine nationale Politik, die seinen Wählern in vielen Staaten der USA gefallen soll. Den Partnern und Verbündeten von einst stößt er garstig vor den Kopf; einige schiebt er brachial von der gemeinsamen Bühne der Weltpolitik.



Friedhelm Ost

#### Gestörtes transatlantisches Verhältnis

Kalte Duschen verpasste Trump jüngst seinen Partnern in der NATO und beim G7-Gipfel. Die meisten standen wie begossene Pudel da, obwohl der Parvenu aus Washington schon vor seinem Einzug in das Weiße Haus landauf, landab sein „America first“ verkündet hatte. Jetzt im Amt ist er mehr als unberechenbar geworden. Damit gefährdet er die geopolitische Stabilität und Sicherheit. Und das in einer Zeit, in der die Kriege, Krisen und Konflikte unübersehbar sind und deren Lösung nach Einigkeit der transatlantischen Partner geradezu schreit.

Nahezu alle Staats- und Regierungschefs haben es bei ihren Treffen mit Donald Trump versucht, wahrlich mit Engelszungen auf ihn einzureden und ihn auf einen gemeinsamen Kurs der Vernunft zu bewegen. Doch angesichts seines allzu simplen Weltbildes und seiner amerikanischen Cowboy-Mentalität waren mit ihm keine echten Deals zu machen. Mit seiner Twitter-Methode desavouiert er andere Politiker, Experten und Medien. Ob solche Trump-Attacken für ihn die beste Verteidigung sind, muss bezweifelt werden. Denn daheim in den USA braut sich einiges gegen den Präsidenten, seine

Familie und Getreuen aus dem Trump-Tower zusammen. Ob das alles zu einem Impeachment-Verfahren und damit zu einem vorzeitigen Ende der Präsidentschaft Trumps führen wird, das mögen viele hoffen, doch ist das unsicher und wird auf jeden Fall noch lange dauern. Und niemand weiß, was von einem möglichen Nachfolger im Weißen Haus zu erwarten wäre.

#### EU-Sklerose beenden!

Europa ist gefordert. Da genügt es nicht, wenn die Bundeskanzlerin Zweifel an der Zuverlässigkeit der USA äußert. Richtig ist jedoch ihre Forderung, dass „wir Europäer jetzt unser Schicksal selbst in die Hand nehmen müssen“. Allerdings befindet sich die EU seit Jahren nicht gerade in Top-Form. Viel zu lange und intensiv ging es um die Bewältigung interner Krisen. Die Stabilisierung des Euro-Systems hat zwar Fortschritte gemacht, doch das Schuldenproblem Griechenlands längst noch nicht endgültig gelöst. Die Brexit-Entscheidung traf die EU wie ein Keulenschlag. Die notwendigen Verhandlungen mit Großbritannien werden gewiss schwierig, zumal klar ist, dass den Briten keine Rosinenpickerei gewährt und von ihnen hohe Milliarden-Beträge für den EU-Austritt gefordert werden. Zudem zeigen die meisten Staaten Europas nach wie vor die größtmögliche Unsolidarität bei der gemeinsamen Lösung der Flüchtlingsprobleme. Schließlich werden in einigen EU-Mitgliedsstaaten Tendenzen zu einer Renationalisierung deutlich – vor allem in Polen und Ungarn.

#### Neue Chancen mit Frankreich

In Frankreich konnte mit der Wahl von Emmanuel Macron zum Staatspräsidenten die rechtsradikale Front Nationale noch einmal abgewehrt werden. Doch schon Anfang Juni wird sich bei den Wahlen zur Nationalversammlung zeigen, ob eine handlungsfähige Mehrheit im Parlament den außerordentlich europafreudigen Kurs von Macron in den nächsten Jahren unterstützen wird. Der Präsident braucht dringend Erfolge, sonst wird das Damoklesschwert von Marie Le Pen weiter über Frankreich und Europa schweben.

Frankreichs neuer Präsident hat bei seinem Einzug in den Elysée-Palast die Europa-Hymne intonieren lassen und damit ein mehr als deutliches Signal gesetzt – vor allem in Richtung Berlin. Die deutsch-französische Partnerschaft könnte nun von dem Duo Merkel/Macron neu belebt werden und kräftige Impulse für die Stärkung der EU auslösen – wie einst von Adenauer/de Gaulle und Mitterrand/Kohl. Die Zeit des Zögerns und Zauderns sollte von der Bundesregierung sofort beendet werden. Mit manchen Bedenken und einer Politik des kleinen Karos wird die Achse Berlin-Paris nicht in Schwung zu bringen sein. Angela Merkel ist deshalb gefordert, gemeinsam mit Präsident Macron neue Perspektiven für die

EU zu entwerfen und zu realisieren. Die wirtschaftliche Stärke Deutschlands ist dabei ein starkes Pfund, um zum einen auch Frankreich nach vorne zu bringen, zum anderen gemeinsam mit den französischen Freunden die europäische Sklerose zu überwinden.

### **Ein starkes Kern-Europa formieren!**

Dabei ist durchaus denkbar, dass sich einige EU-Staaten zu einem Kerneuropa formieren, das angesichts der großen globalen Herausforderungen auf einen mutigen Vorwärtskurs ausgerichtet wird. Denn die Probleme der inneren und äußeren Sicherheit, der Bekämpfung des Terrorismus, der Wirtschafts- und Währungspolitik, der Digitalisierung und der Renationalisierung lassen sich nur von einer starken europäischen Gemeinschaft lösen. Eine solche Kerngruppe von EU-Staaten wäre auch stark genug, dem US-Präsidenten Donald Trump Contra zu geben, mit der Volksrepublik China politisch und wirtschaftlich ein neues Kapitel der Kooperation zu beginnen und auch die Beziehungen zu Russlands Präsident Putin zu verbessern. Europa first: Nur so ist die Zukunft unseres Kontinents erfolgreich zu gestalten – in Frieden, Freiheit und Wohlstand. Kuschen vor Trump, nationaler Chauvinismus und Angst um die eigenen Pfründe würden mit Sicherheit alle Europäer zu Verlierern machen. Nur wenn Europa nach außen geschlossen auftreten und mit einer Stimme sprechen wird, kann es eine mitbestimmende Rolle in der Weltpolitik spielen. Wer auch immer in Zukunft Präsident der USA sein mag, ein starkes Europa würde ihm Respekt abverlangen und als Partner auf Augenhöhe begegnen. Das transatlantische Verhältnis muss dringend neu justiert werden – mit einem new deal von Amerika und Europa. Die USA werden auch in Zukunft ein wichtiger Partner Europas bleiben, aber eben mit Trump als Präsident ein unzuverlässiger. Das gemeinsame politische Porzellan ist leider weitgehend zerbrochen. Deshalb sollten die Europäer auf Neues setzen anstatt nun mühsam zu versuchen, die Scherben zusammenzukleben.

## **TIPPS FÜR DIE TÄGLICHE BETRIEBSPRAXIS**

### **Kündigungsschutz nach Entlassungsverlangen**

Ist einem Arbeitgeber auf Antrag des Betriebsrats in einem Verfahren nach § 104 Satz 2 BetrVG rechtskräftig aufgegeben worden, einen Arbeitnehmer zu entlassen, liegt für eine ordentliche Kündigung dieses Arbeitnehmers ein dringendes betriebliches Erfordernis iSd. § 1 Abs. 2 Satz 1 KSchG vor. (Mitteilung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) vom 28.03.2017 zu seinem Urteil vom selben Tage, Az. 2 AZR 551/16).

Die Klägerin war bei dem beklagten Versicherungsunternehmen langjährig als Sachbearbeiterin beschäftigt. Ende April 2015 forderte der Betriebsrat die Beklagte auf, die Klägerin zu entlassen, hilfsweise sie zu versetzen. Zur Begründung verwies er auf Vorfälle, die sich zwischen der Klägerin und ihren Arbeitskollegen im Oktober 2014 und Januar 2015 ereignet haben. Die Beklagte kam dem Verlangen zunächst nicht nach. In dem daraufhin vom Betriebsrat eingeleiteten Beschlussverfahren gem. § 104 Satz 2 BetrVG gab das Arbeitsgericht der Beklagten antragsgemäß auf, die Klägerin „zu entlassen“. Die Klägerin war in dem Beschlussverfahren nach § 83 Abs. 3 ArbGG angehört worden. Die Beklagte kündigte das Arbeitsverhältnis der Klägerin außerordentlich, hilfsweise ordentlich zum 30. Juni 2016.

Dagegen hat sich die Klägerin mit der vorliegenden Klage gewandt. Sie hat gemeint, es liege weder ein wichtiger Grund iSd. § 626 Abs. 1 BGB für die außerordentliche Kündigung vor noch sei die ordentliche Kündigung sozial gerechtfertigt iSd. § 1 Abs. 2 KSchG. Beide Vorinstanzen haben festgestellt, dass das zwischen den Parteien bestehende Arbeitsverhältnis zwar nicht durch die fristlose Kündigung aufgelöst worden ist, die gegen die ordentliche Kündigung gerichtete Klage wurde jedoch abgewiesen. Im Revisionsverfahren verfolgen die Parteien ihre ursprünglichen Anträge weiter.

Die Rechtsmittel beider Parteien blieben vor dem Bundesarbeitsgericht ohne Erfolg. Der Zweite Senat hat entschieden, dass aufgrund der - auch im Verhältnis zur Klägerin - rechtskräftigen Entscheidung des Arbeitsgerichts, wonach die Beklagte die Klägerin zu entlassen hatte, ein dringendes betriebliches Erfordernis iSd. § 1 Abs. 2 Satz 1 KSchG für die ordentliche Kündigung gegeben war. Dagegen war der Beklagten durch den Beschluss nicht die fristlose Beendigung des Arbeitsverhältnisses aufgegeben worden.

**Der Autor ist Präsident des VDAA Verband deutscher Arbeitsrechtsanwälte e. V.**

#### **Rückfragen:**

Michael Henn; Rechtsanwalt; Fachanwalt für Arbeitsrecht; Fachanwalt für Erbrecht  
c/o Rechtsanwälte Dr. Gaupp & Coll.; Kronprinzstraße 14; 70173 Stuttgart;  
Tel.: 0711/ 3058 930; Fax: 0711/ 3058 9311

Email: [stuttgart@drgaupp.de](mailto:stuttgart@drgaupp.de)

[www.drgaupp.de](http://www.drgaupp.de)





## Großabnehmerrabatt für BDS-Mitglieder

# Abrufschein für Kfz-Neuwagen zu Sonderkonditionen der Marke Toyota anfordern

Bitte senden Sie mir einen Abrufschein unter der von mir eingetragenen Firmenadresse und meinem Namen zu. Weitere Sonderkonditionen für Kraftfahrzeuge und für andere Produkte und Dienstleistungen finden Sie im geschütztem Bereich unter: [www.bds-dgv.de](http://www.bds-dgv.de).

Bitte ankreuzen:

-  Von 18% (Lexus RX) bis zu 34% (ProAce) Nachlass je nach Fahrzeugmodell

Sie können den gewünschten Abrufschein anfordern unter:

Telefon: 0 30 / 28 04 91-0 · Telefax: 0 30 / 28 04 91-11 · E-Mail: [info@bds-dgv.de](mailto:info@bds-dgv.de)

- Ich bin BDS-Mitglied. Mitgliedsnummer (falls zur Hand) \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Vorname/Nachname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Firma

\_\_\_\_\_  
PLZ/Ort

\_\_\_\_\_  
E-Mail/Telefon

\_\_\_\_\_  
Datum/Unterschrift